

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/143

Bonn, den 1. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Sozialdemokraten an der Spitze 40

In den Ländern verfügt die SPD von 1 348 über 661 Mandate
CDU-Anteil nur 448, FDP 111, CSU 109 und Splittergruppen 19 Mandate

2 - 3 "Bericht über die Lage der Jugend" 71

Besseres Verfahren für die Erstellung
des Zweiten Jugendberichts notwendig

Von Heinz Westphal, MdB

4 Des Kanzlers "neuer Stil" 45

Verwarnung genügt nicht

5 - 6 Die "zweite Revolution" in Israel 93

Forderung des Tages: Mehr Industrie - mehr Bildung

Von J. E. Palmon, Tel Aviv

Sozialdemokraten an der Spitze

In den Ländern verfügt die SPD von 1 348 über 661 Mandate
CDU-Anteil nur 448, FDP 111, CSU 109 und Splittergruppen 19 Mandate

sp - Seit der Bundestagswahl 1965 haben in Hamburg und Nordrhein-Westfalen Bürgerschafts- bzw. Landtagswahlen stattgefunden. Die Erfolge, die die Sozialdemokraten dabei erzielen konnten, sind bekannt. Noch in diesem Jahr werden in Hessen und Bayern Landtagswahlen stattfinden. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Sozialdemokraten ihre Erfolgsserie hier fortsetzen.

- * Nach den Landtagswahlen in NRW ist die Sozialdemokratie die
- * weitaus stärkste "Länderpartei". Sie verfügt nunmehr über
- * 661 der 1 348 Mandate in den elf Parlamenten des föderalistischen
- * Staates Bundesrepublik Deutschland. Damit haben die Sozialdemokraten
- * nunmehr praktisch 50 Prozent aller Mandate der Länder erobert. Die CDU fällt mit ihren 448 Sitzen weit ab.
- * Die FDP mit 111 und die CSU mit 109 liegen weit hinten. Auf
- * die kleinen Splittergruppen entfallen nur noch 19 Sitze; sie
- * sind zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Man wird davon ausgehen können, daß noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages im Bundesrat eine sichere Mehrheit für die Sozialdemokraten zustande kommt, ganz gleich, wie die Entwicklung in Düsseldorf weiter verläuft. Die Sozialdemokraten, die schon in vier Fünftel aller deutschen Großstädte regieren, befinden sich auf dem Wege von einer "Länderpartei" zur Regierungspartei in Bonn.

An diesen Tatsachen können Bundesregierung und Koalition im Bundestag nunmehr nicht mehr vorbei. Dabei sehen schon heute die Machtverhältnisse im Deutschen Bundestag anders aus, wenn CDU und CSU als z w e i Fraktionen gelten würden, was sie aufgrund ihrer politischen Aussagen ja auch in zunehmendem Maße sind. Würde man vor d i e s e m Hintergrund demokratisch verfahren, stände den Sozialdemokraten das Amt des Bundestagspräsidenten zu, denn im Bundestag ist die SPD nun einmal stärker als die CDU.

Es muß auch erneut darauf hingewiesen werden, daß die Nichtzählung der Berlin-Stimmen im Deutschen Bundestag den Einfluß der Sozialdemokraten bisher noch unnötig reduziert. Aber auch hier wird man davon ausgehen können, daß im nächsten Bundestag die Machtverhältnisse anders aussehen werden.

- * Deshalb ist es mehr als peinlich zu erfahren, daß eine *
- * starke Gruppe in der CDU-Führung meint, man könne den *
- * noch amtierenden Bundeskanzler Erhard 1969 auf den Posten *
- * des Bundespräsidenten abschieben. Ein solches Bestreben *
- * wäre gleichbedeutend mit der Abwertung der Position des *
- * Bundespräsidenten. *

"Bericht über die Lage der Jugend"

Besseres Verfahren für die Erstellung
des Zweiten Jugendberichts notwendig

Von Heinz Westphal, MdB

Die Äusserung des Direktors des Deutschen Jugendinstituts, Prof. Dr. K i o h e n h o f f, anlässlich eines Gesprächs mit den Mitgliedern des Jugendpresseclubs in München über den Jugendbericht der Bundesregierung zeigen erneut, dass das bisher angewandte Verfahren für die Erstellung des Berichts nicht wieder benutzt werden sollte. Wenn es immer wieder erforderlich ist, klarzustellen, dass es die Bundesregierung war, die die Auswahl und Akzentuierung des Stoffes vorgenommen hat, während die Wissenschaftler und das Jugendinstitut, durch die das Material für den Bericht zusammengetragen, aufbereitet und niedergeschrieben worden ist, ihre eigene Arbeit im Jugendbericht der Bundesregierung nicht mehr wiedererkennen können und sich zum Teil davon distanzieren müssten, dann stimmt etwas nicht am System der Erstellung dieses Berichts.

- * Auch andere Fachkräfte der Jugendarbeit, die damals in dieser
- * oder jener Form an der Vorbereitung des Jugendberichts mit-
- * wirkten, haben wiederholt darauf hingewiesen, dass sie nur mit-
- * verantwortlich sein könnten für die aus ihrer Sicht und Er-
- * fahrung vorgetragenen Darstellungen über die Lage der Jugend
- * und die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe.

Eine Regierung wird immer versucht sein, einen ihre eigene Tätigkeit möglichst positiv darstellenden Leistungsbericht vorzulegen. Das kann man ihr nicht einmal übelnehmen, weil es der Rolle einer Regierung durchaus entspricht; sie ist nun mal kein Gremium für die Erstellung wissenschaftlicher Analysen.

Es kann für den zweiten Jugendbericht, der Ende 1967 fällig wird, deshalb nur dringend geraten werden, sich die Erfahrungen anderer Bereiche zunutze zu machen, in denen die Bundesregierung aufgrund von Parlaments- oder Gesetzesaufträgen Berichte von Wissenschaftlern oder anderen Fachleuten unbeeinflusst erarbeiten lässt und in dem von den Autoren verantworteten Wortlaut dem Parlament zur Kenntnis gibt. Sie hat dann allerdings das Recht oder in manchen Fällen, wie z.B. beim jährlichen Wirtschafts-Gutachten, die Pflicht, ihre Meinung zu die-

sen Berichten der unabhängigen Gutachter und ihre Vorschläge für die politische Auswertung des Gutachtens dem Bundestag gesondert vorzutragen.

Auch das Beispiel der jetzt vorgelegten Sozialenquete kann hier herangezogen werden. Im Auftrag der Bundesregierung haben fünf Professoren nach gründlicher, von der Regierung nicht beeinflusster Arbeit, ihr Gutachten zu den sozialpolitischen Problemen unseres Landes vorgelegt. Es ist nun die Aufgabe der Regierung, zu diesem Bericht und seinen Einzelvorschlägen JA oder NEIN zu sagen, damit auf dieser Grundlage parlamentarische Beratungen in Gang gebracht werden und sozialpolitische Entscheidungen auf qualifizierter Grundlage getroffen werden können.

Die Konsequenz für den Bericht über die Lage der Jugend und die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe, den die Bundesregierung alle vier Jahre aufgrund des § 25 des Jugendwohlfahrtsgesetzes dem Bundestag und Bundesrat vorzulegen hat, kann nur lauten:

- * Auch dieser Jugendbericht muss in Zukunft von unabhängigen Fachleuten - Wissenschaftlern verschiedener Fakultäten aus dem Gesamtbereich der Jugendhilfe - ausgearbeitet und in der von
- * d i e s e m Personenkreis verantworteten Fassung dem Parlament vorgelegt werden. Die Bundesregierung kann und sollte dann ihre
- * Stellungnahme dazu so konkret wie möglich hinzufügen. Eine hervorragende Plattform für die erforderlichen jugendpolitischen
- * Entscheidungen könnte dadurch geschaffen werden.

Die Anregung, so - wie hier geschildert - zu verfahren, ging von dem Schriftleiter der Zeitschrift "deutsche jugend", Dr. Martin F a l t e n m a i e r, aus. Sie hat inzwischen in vielen Fachkreisen der Jugendarbeit Unterstützung gefunden.

Kürzlich hat sich der Jugendpolitische Ausschuss beim Parteivorstand der SPD eindeutig dafür ausgesprochen und die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag angeregt, diese Empfehlungen zum Gegenstand der Beratungen im Ausschuss für Familien- und Jugendfragen zu machen, wenn im Herbst der erste Jugendbericht dort beraten wird. Die Formulierung des § 25 Jugendwohlfahrtsgesetz spricht - wie inzwischen im Bundestagsausschuss in anderem Zusammenhang festgestellt wurde - nicht gegen die hier vorgeschlagene Form der Erstellung und Vorlage des Jugendberichts, der sich im übrigen - und darüber sind sich bereits alle Beteiligten einig - auf einige wenige Schwerpunktgebiete der Jugendhilfe konzentrieren sollte.

Des Kanzlers "neuer Stil"

Vorwarnung genügte nicht

HE-er - Der Kanzler auf Abruf und Abwahl hat in einem illustrierten-Interview angekündigt, das Verhältnis zwischen CDU und SPD werde sich ändern. Er tat so, als ob er schon einmal in Wort und Tat etwas Entscheidendes zu einem besseren Verhältnis der staatstragenden Kräfte in der Bundesrepublik beigetragen hätte. Vielmehr war es doch schon vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen so, daß der Kanzler immer wieder die Atmosphäre zwischen den beiden großen Parteien vergiftete. Und im ERW-Wahlkampf selbst stellte der schimpfende CDU-Vorsitzende geradezu einen Rekord an Verbalinjurien gegen Andersdenkende auf. Nun, dafür hat er inzwischen die Quittung erhalten!

Des Kanzlers Umgebung hatte einmal nachlesen sollen, was Fritz Erler, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, dem Chef der Bundesregierung wegen Erhards miserablen Stil am 17. Mai dieses Jahres bei der Beratung des Kanzlers-Haushalts im Parlament sagte:

- * "Wieder stehen in einem großen Lande Wahlen vor der Tür. Es ist
- * angekündigt worden, daß Sie (Erhard) in diesen Wahlkampf sehr
- * nachsichtlich eingreifen würden. Das ist Ihr gutes Recht. Ich er-
- * innere an die Regierungserklärung vom Oktober 1963. Damals haben
- * Sie davon gesprochen, es werde zu einem b e s s e r e n Ver-
- * hältnis zwischen den staatstragenden Kräften kommen und die böse
- * Verkettung der Andersdenkenden werde der Vergangenheit angehö-
- * ren. Draußen im Lande reden Sie leider anders. Da meinten Sie -
- * so erst kürzlich in Hamburg - die SPD habe nie einen einzigen Ge-
- * danken zum Wiederaufbau Deutschlands vorgetragen, da wird ein-
- * kräftiges Schimpfwörterbuch benutzt zur Abqualifizierung aller
- * Andersdenkenden... Hier muß ich an das böse Wort erinnern, die
- * SPD sei eine Partei ohne Gesinnung. Dies wird einer Partei gesagt,
- * die seit hundert Jahren für Freiheit und Recht, für Menschenwürde
- * und Frieden wirkt, der trotz jahrzehntelanger Unterdrückung noch
- * unzählige Menschen im Mitteldeutschland die Treue halten, auch
- * wenn sie sich nicht offen zu ihr bekennen können."

Erler betonte damals, er sage dies alles dem Kanzler n u r v o r b e u g e n d, also im Hinblick auf die nordrhein-westfälischen Wahlen. Es fruchtete bei diesem, von sich so sehr eingenommenen Manne natürlich nichts, denn an Rhein und Ruhr überbot er alles, was man von ihm schon gewohnt war.

Und jetzt, da sich Hunderttausende von Wählerinnen und Wählern von ihm abgewandt haben, da sich im In- und Ausland nicht ein einziger Verteidiger seiner noch nicht nachgewiesenen Regierungskunst findet, da in der Partei die Vorbereitungen für seine Abwahl offen zu Tage treten, just in diesem Augenblick möchte der Kanzler "mit der SPD härter umgehen"! Offensichtlich ist dem CDU-Vorsitzenden noch gar nicht klar geworden, daß er überhaupt nicht mehr in der Lage ist, das Gesetz des Handelns zu bestimmen; nicht einmal mehr den "neuen Stil".

Die "zweite Revolution" in Israel

Von J.E. Palmor, Tel Aviv

Der bekannte Filmschauspieler Kirk Douglas, der in diesem Jahre einige Wochen zu Filmaufnahmen in Israel weilte, sagte vor seiner Abreise, er finde das Land sehr eindrucksvoll, ihm sei aber während seines ersten Besuches vor dreizehn Jahren nicht dieser große Idealismus aufgefallen. Israel hat sich in der Tat seitdem verändert. Im Jahre 1952 bildeten die landwirtschaftliche Besiedlung und die Befestigung der Grenzgebiete zu Verteidigungszwecken die wichtigsten Aufgaben. Heute sind andere Probleme in den Vordergrund getreten, und Israel befindet sich augenblicklich in einer Art zweiten Revolution.

Dr. Raanan Weitz, Leiter der Abteilung Landwirtschaft in der zionistischen Organisation, ist nicht der Auffassung, daß Israel die Zeit der landwirtschaftlichen Erschließung bereits überstanden hat. Er schlug vor, in den nächsten Jahren 42 neue Siedlungen zu gründen. Landwirtschaftsminister Gwati jedoch ist als Mitglied eines Kibbutz und nach jahrzehntelanger Tätigkeit in landwirtschaftlichen Fragen ein ausgesprochener Gegner dieses Vorschlags; er meint, daß die israelische Wirtschaft nur noch einige wenige solcher Siedlungen tragen könne. Da die bis jetzt bestehenden Siedlungen der Nachfrage nach landwirtschaftsprodukten in Israel zum größten Teil nachkommen können, würde eine Vergrößerung ihrer Anzahl nur eine mit Nachteilen verbundene Überproduktion einiger Erzeugnisse bedeuten.

* * *

Wenn die günstige Entwicklung in Israel anhält, muß sich die Regierung in erster Linie um die Industrialisierung und eine steigende Produktionsrate kümmern. Das ist die sogenannte "zweite Revolution", und sie bedeutet, daß der "Idealismus" in Israel unter vielen anderen Dingen neue Bedeutung gewonnen hat. Die jungen Israeliten leisten noch immer mit Selbstverständlichkeit ihren Militärdienst und beweisen ihren Mut wie im Jahre 1948, als der Staat gegründet wurde. Das Kennzeichen des Idealismus der "zweiten Revolution" ist jedoch der Wunsch, das Bildungsniveau der Bevölkerung anzuheben und den jungen Leuten mehr Kenntnisse und Fähigkeiten beizubringen, um neue Kräfte für die rasch wachsende Industrie und für die Wirtschaft im allgemeinen zur Verfügung zu haben. Die jungen Leute beginnen nun, sich bei Beruf eines Ingenieurs oder Technikers zu wählen, und sie wollen, in den bereits existierenden oder geplanten Fabriken arbeiten oder in Städten, die die neuen Industriezentren werden sollen - Dimona, Jericham, Mizpeh, Rimon, Carmiel usw. Die Ausbildung der zukünftigen Ingenieure und Techniker sowie die Errichtung einer Industriemacht sind die dringendsten Probleme Israels.

* * *

Ein Untersuchungsausschuß des Erziehungsministeriums berichtete, daß die Zahl der vierzehnjährigen, die bis jetzt ständig im

Ansteigen begriffen war, in den nächsten Jahren infolge bestimmter demographischer Veränderungen konstant bleiben oder sich sogar vermindern wird. Andererseits steigt die Zahl der Jugendlichen afrikanischer oder asiatischer Abstammung. Wie aus den Untersuchungen des Ausschußvorsitzenden Chanach Smith vom zentralen Amt für Statistik hervorgeht, ist der Bildungsstand dieser Jugendlichen nicht sehr hoch, und so ist mit einer Verminderung der Zahl der Hochschulabsolventen zu rechnen. Smith legte nahe, mehr Geld für die Hebung des Bildungsniveaus von jüdischen Kindern dieser Abstammung auszugeben.

Heute gibt es in Israel schätzungsweise 15 000 promovierte Hochschulabsolventen auf technischen und naturwissenschaftlichem Gebiet. Diese Zahl wird im Jahre 1970 voraussichtlich auf 30 000 ansteigen. Der Anteil der Universitätsstudenten auf diesen Gebieten ist jedoch von 35 auf 25 Prozent gesunken. Ein ausschlaggebender Grund dafür ist, daß die einzige höhere technische Lehranstalt in Israel, das Technikum in Haifa, über zu wenig Raum und eine unzureichende Ausstattung verfügt, um alle Bewerber aufzunehmen. Deshalb sind hunderte junger Israelis gezwungen, im Ausland zu studieren; und viele kehren nicht in ihr Land zurück. Die Öffentlichkeit bedrängt die Regierung, die Kapazität des Technikums zu erweitern und weitere Möglichkeiten für eine höhere technische Ausbildung zu schaffen. Nach Schätzungen von Fachleuten wird Israel mindestens 3 000 neue Ingenieure und 9 bis 12 000 neue Techniker benötigen, um die Industrialisierungspläne zu verwirklichen; es wurde zu diesem Zweck vorgeschlagen, vier neue universitätsgleiche Ausbildungsanstalten für Ingenieure und Techniker zu errichten.

* * *

Zu den von der Regierung geplanten Industrieunternehmen zählt die Errichtung eines neuen großen Chemiekombinats in Arad in der Wüste Negev. Die chemischen Werke am Toten Meer sollen erweitert werden; in der gleichen Gegend wird in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ein mit Atomenergie arbeitender Salinenbetrieb entstehen.

Die Verlagerung des Schwergewichts der wirtschaftlichen Entwicklung von der Landwirtschaft auf die Industrie hat sich ernstlich auf den Arbeitskräftemarkt ausgewirkt, da diese Entwicklung mehr Leute für Dienstleistungen erforderte (Banken, Verwaltung usw.). Auch die zweite und dritte Generation der in Kibbutzim aufwachsenden Kinder erlangt oft die technische Ausbildung an anderen Orten; dieses wiederum wirkt sich in einem veränderten Lebens- und Bildungsniveau im Kibbutz aus.

In den letzten Jahren hat sich der Lebensstandard in Israel entsprechend der allgemeinen Entwicklung rasch erhöht. Der Verbrauch von Konsumgütern stieg jährlich um etwa sechs bis sieben Prozent, was von Fachleuten als zu hoch bewertet wird. Israel verfügt jedoch über genügend Sicherungsmaßnahmen in dieser Hinsicht, und es wird noch einige Zeit dauern, bis diese Flut bei Konsumgütern einer Ebbe weicht. Diese wirtschaftliche Entwicklung drängt den Idealismus alter Prägung in den Hintergrund, neue Ideen beherrschen das Bild. Während dieser "zweiten Revolution" haben die Verantwortlichen Israels die Aufgabe, der Jugend des Landes einen neuen Idealismus zu vermitteln mit dessen Hilfe durch einen besseren Bildungsstand und ein höheres technisches Niveau größere Leistungen erzielt werden können.

+ + +